Blätter für Heimatkunde 48 (1974)

Umweltschutzprobleme in den Jahren 1804 und 1890

Von Paul W. Roth

Heute, in der Zeit der völligen Dominanz der Naturwissenschaften, stellt sich die Sinnfrage an die Humanwissenschaften in besonderem Maße. Vielfach versucht man in der Geschichte, die als „Selbstbewußtsein der Menschheit", als magistra vitae bezeichnet wird, eine Orientierungshilfe für heute zu finden.

Unter den Arbeiten Hermann *Wiesfleckers*, dem dieser Beitrag anläßlich seines 60. Geburtstages gewidmet ist, befindet sich auch jene, die sich dezidiert mit der Sinnfrage an die Geschichte, speziell an die Landesgeschichte, befaßt.[1]

Die Wirtschaftsgeschichte hat bekanntlich die Landesgeschichte als eine, die Volkswirtschaftslehre als andere Wurzel. Sie gehört damit aber auch zwei verschiedenen Wissenschaftsgruppen an: der betrachtenden, verstehenden Geschichtswissenschaft und den auf anwendbare Gesetzlichkeiten abzielenden Sozialwissenschaften.[2] Die „Formveränderung der Geschichte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts" (Jan *Huizinga*) bewirkt eine zunehmende Auflösung überschaubarer Formen individueller Entscheidungen und die Prävalenz des Quantitativen vor dem Qualitativen. Nach vorherrschender Meinung läßt sich dem nur durch die Anwendung von Typologisierung, also durch Bildung von Struktur-, Verlaufs- und Gestalttypen Rechnung tragen.[3] Zudem verlangt die Darstellung der Massenbewegungen und -erscheinungen des industriellen Zeitalters auch eine stärkere Berücksichtigung wirtschaftstheoretischer und soziologischer Fragestellungen und Methoden. Da sich gerade heute die wirtschaftshistorische Forschung ganz besonders dem 19. und 20. Jahrhundert zuwendet, weil diese Zeit für unsere gegenwärtige einmalige Situation verständlicherweise besonders relevant ist, Aktualität von der Geschichte gefordert wird und eine andauernde Konfrontation mit der marxistischen Forschung verstärkend wirkt, ist — abgesehen vielleicht von der Agrargeschichte — die landeshistorische Seite der Wirtschaftsgeschichte heute etwas in den Hintergrund gerückt. Ohne die genannten Wege gegeneinander ausspielen zu wollen und zu können, wenn man die Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft mit historischer Grundlage und nationalökonomischer Fragestellung interpretiert (Fritz *Blaich*), soll hier versucht werden, anhand weniger Beispiele aus dem Bereich der Landesgeschichte zu hochaktuellen Problemen auch für die Gegenwart gültige Aussagen abzuleiten, ohne Heranziehung der Statistik.[4]

Als eines der heute wahrlich brisantesten Probleme gilt sicher zu Recht der Umweltschutz. Er ist — was weitgehend übersehen wird — mit dem Wald- und Wildschutz recht alt, zählte doch der Wald neben dem Wasser zu den wesentlichsten Gütern in alter Zeit;[5] ja der Wald kann Symbol des Mittelalters genannt werden (Jacques *Le Goff*). Gerade eine sehr feinsinnige Untersuchung zur Aktualität der mittelalterlichen Geschichte[6] bemüht den Umweltschutz als aktuelles Problem ebenfalls.

Heute geraten besonders die produzierenden Werkstätten, die vielfach als Umweltverschmutzer erkannt wurden, optisch schärfer ins Bild. Es soll dabei aber keineswegs übersehen werden, daß es eine gewisse Abneigung, ja Industriefeindlichkeit der jeweils umwohnenden Bevölkerung, seit dem Aufkommen der meist kohlenverwertenden Fabriken — merkbar besonders in dichter besiedelten Gebieten — immer gegeben hat. Bereits 1802 erließ Kaiser Franz II. (I.) beeinflußtermaßen ein Handschreiben, mit welchem er auch zu überlegen gab, welche Fabriken wegen des Rauches, Getöses oder Gestankes entweder aus der Stadt oder den Vorstädten ganz zu entfernen oder wenigstens auf entlegene Plätze zu verweisen seien.[7] Das ist bezeichnend für eine Haltung, die bis heute gleichgeblieben ist. Freilich hatte man um 1800 auch große Bedenken wegen des Proletariats und des damit zusammenhängenden Wohnungsmangels. Abzulehnen wegen „Umweltverschmutzung" seien besonders chemische Fabriken. Bereits 1806 formulierte die Hofstelle aber auch: Alle Arten Zwang, alle Gattungen von Fesseln sind Todfeinde der Industrie.

Zum anderen aber haben die Fabriksherren seit jeher versucht, gesetzliche Regelungen, die ja einschränken, mittels verschiedener Methoden oder Vorhaltungen zu umgehen. Die Methoden sind einfach und öfters angewendet, wie folgende Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zeigen.

Seit 1966 befindet sich in Graz-St. Peter eine Ziegelfabrik in Betrieb.[8]

[1] Hermann Wiesflecker, Vom Sinn der Landesgeschichte. In: XIX. Bericht der Historischen Landeskommission für Steiermark über die 13. Geschäftsperiode (1967—1971). Hgg. von Othmar Pickl. Graz 1972, S. 47—56.

[2] Wolfgang Zorn, Einführung in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. Probleme und Methoden. München 1972, S. 10—11.

[3] Herbert Matis, Industrielles Wachstum und konjunkturelle Dynamik in der Franz-Joseph-Zeit. In: Bericht über den 11. österreichischen Historikertag in Innsbruck. Veröffentlichungen des Verbandes österreichischer Geschichtsvereine 19. Wien 1972, S. 201.

[4] Da ich selbst Mitarbeiter einer Arbeit bin, die die elektronische Datenverarbeitung verwendete, soll hier selbstverständlich nicht gegen die quantifizierende Methode Stellung genommen werden!

[5] Ferdinand Tremel, Der Schutz des Waldes in alter Zeit. In: Bl. f. Hk. 39/1965, S. 33—36.

[6] Herwig Wolfram, Die Aktualität der mittelalterlichen Geschichte. In: Antidosis. Festschrift für Walther Kraus zum 70. Geburtstag. Hgg. v. R. Hanslick, A. Lesky, H. Schwabl. Wien—Köln—Graz 1972, S. 458—476.

[7] Johann Slokar, Geschichte der österreichischen Industrie und ihrer Förderung unter Kaiser Franz I. Mit besonderer Berücksichtigung der Großindustrie und unter Benützung archivalischer Quellen. Wien 1914, S. 25—44.

[8] Gerhard Vuckovic, Streit um Ziegelwerk wird langsam grotesk. In: Kronen-Zeitung (Ausgabe für die Steiermark) vom 13. Dezember 1972, S. 10.

Die Anrainer fühlten sich durch Schmutz und Lärm belästigt und erhoben Einspruch, dem nach langem Hin und Her vom Verwaltungsgerichtshof recht gegeben wurde. Der Genehmigungsbescheid für den Betrieb wurde aufgehoben, die Fabrik hätte schließen müssen. Die Wienerberger aber produzieren weiter, berufen, prozessieren usw. Auf weitere Vorwürfe der Bevölkerung soll der Magistrat Graz erklärt haben, nicht einschreiten zu können, da die Fabrik nicht existiere.

Aber auch anderswo! Als eine Bürgerinitiative 1973 gegen die ungesetzliche Verschmutzung der Luft von Dortmund-Hörde durch die Hoesch-Stahlwerke opponierte, drohten die Werke: Durch Produktionsdrosselung sind mehr als 2500 Arbeitsplätze gefährdet.[9]

Zu dieser Haltung der Unternehmer finden sich auch historische Parallelen[10]:

Der Gerichts- und Hofadvokat Dr. Thomas Voith erwarb 1804 die sogenannte Neu-Sobother Glashütte auf der Koralm, deren Betrieb aber verboten wurde, nachdem durch ein nachträgliches Bewilligungsansuchen überhaupt erst bekannt wurde, daß hier eine Hütte schon mehrere Jahre unbefugt in Betrieb stand. Dr. Voith wollte nun eine Aufhebung des Verbotes erlangen. Der Grund für das Verbot der Glashütte lag auf der Hand. In Krumbach, Hohenmauthen und Eibiswald lagen Hammerwerke, und nach amtlicher Verordnung dürfe bei Holzmangel kein Glas erzeugt werden, da die Eisenverarbeitung Vorrang habe. Voith ließ sehr deutlich erkennen, daß er mit seinem Holz nach eigenem Belieben verfahre und fügte hinzu, daß überdies ein Überfluß an Wald vorhanden wäre, der ausschließlich zur Glaserzeugung zu verwenden sei. Auf den Waldüberfluß, der ansonsten verrotten würde, hatte bereits Georg Voith, der Vorgänger und Erbauer der Hütte, hingewiesen, als er um die Bewilligung ansuchte.

Diese Behauptung, sosehr sie im einzelnen vielleicht stimmen mag, läßt aber den allgemeinen hochakuten Holzmangel völlig außer acht und bagatellisiert ihn hiemit. Georg Voith aber gab auch noch bekannt, daß sowohl das Fabriksgebäude bereits stehe als auch eingerichtet sei; und da er zur Herstellung sein ganzes Vermögen verwendet habe, müsse bei Ausbleiben der Konzession „seine Familie auf den Bettelstab kommen", unmöglich sei es, die ungeheuren aufgewendeten Kosten wieder in kurzer Zeit hereinzubringen. Als das Kreisamt Marburg an die Herrschaft Gleinstätten die Anfrage richtete, ob im diesbezüglichen Fall etwas gegen die Waldkommissionierung von 1800 spräche, verwies die Herrschaft in offensichtlicher Parteinahme darauf, daß bei einer Einstellung der Hütte die Umwohner zugrunde gehen müßten, da sie nur bei der Fabrik Vieh und Naturalien absetzen könnten, was sich ja erwiesen hätte, als die alte Hütte nicht mehr und die neue noch nicht arbeitete. Zum anderen wird dem Eisengewerken Abbe Spöck, der aufmerksam gemacht hatte, Eigennutz und Unterdrückungsgeist vorgeworfen. Auf das „soziale Argument"

[9] Umweltschutz. Wird schon gut gehen. In: Der Spiegel, 27. Jg., Nr. 23, 4. Juni 1973, S. 34.

[10] Ich arbeite seit fast vier Jahren an einer Geschichte der Glaserzeugung in der Steiermark. Diese Beispiele sind in den dort bearbeiteten Unterlagen zu finden.

der Herrschaft Gleinstätten, Untertanen der Herrschaft müßten beim Auflassen der Hütte zugrunde gehen, greift auch Dr. Thomas Voith in seiner Urgierung des Bewilligungsansuchens zurück.

Nachdem, wie es in einem Bericht wörtlich heißt, die Sache jahrelang durch alle Krümmungen des Geschäftsganges hindurchgezogen wurde, ja die anstehenden Akten zu Folianten angewachsen waren, wurde auch unter Betrachtung der Wichtigkeit des Glases für den Außenhandel, wo es immerhin Artikel Nummer zwei hinter den Eisenwaren sei, dem Dr. Voith Pottaschenbrennen und Glaserzeugung durch Hofdekret im Jahre 1808 gestattet.

Allein an den genannten Beispielen sind sehr deutlich wichtige Methoden zur Umgehung gesetzlicher Maßnahmen erkenntlich:

1. Die Fabrik wird ohne Bewilligung aufgeführt, die Befugnis nachgeholt.
2. Tatbestände, die gegen die Errichtung oder Betreibung wirken, werden bagatellisiert.
3. Soziale Argumente, wie Arbeitsbeschaffung oder Verarmung verschiedener Gruppen im Falle einer Nichterrichtung, werden ins Treffen geführt.
4. Die Angelegenheit wird absichtlich verschleppt, denn die Zeit arbeitet immer für die Errichtung.

Zur Bestätigung seien Vorgänge bei der Gründung der Graz-Göstinger Glasfabrik, seit 1890, angeführt. Sofort nach einer ersten Fabriksbewilligung machte sich unter den Anrainern eine Fabriksfeindlichkeit bemerkbar. Es wurde auf die Schädlichkeit der Glaserzeugung mit Sulfat für die Menschen und die Vegetation hingewiesen und dabei ein angefordertes Gutachten des Landessanitätsrates Dr. Gintl aus Prag zitiert. Rekurse wurden eingereicht, darunter auch einer der Stadtgemeinde Graz, die als Anrainer nicht geladen worden war. Die Arbeiten an der Errichtung der Hütte gingen rasch vorwärts. Schließlich aber schritt die Bezirkshauptmannschaft Graz doch ein und untersagte den weiteren Ausbau. Fritz Hanisch erhob als einer der Besitzer der Hütte namens dieser selbst den Rekurs, und zwar gegen die letzte Entscheidung, und führte folgendes an: Es sei bereits ein großes Kapital zum Bau verwendet, 40 Arbeiter mit Familien warteten bereits auf Arbeit, und auch den Baumeister treffe das Verbot schwer.

Noch 1890 wurde von der nun offenen Gesellschaft „Grazer Glasfabrik Hanisch, Hildebrand und Co." um eine weitere Baubewilligung angesucht, dabei der sogenannte Sulfatbetrieb ausgeschlossen, was über die Bedenken der Gegner zwar hinweghalf, betriebstechnisch aber vollständig unmöglich war. Bei der neuerlichen Lokalerhebung Ende Dezember 1890 war der Rohbau der Fabrik bereits fertig! Sofort versuchte auch Direktor Wenzel das obenerwähnte Gutachten Dr. Gintls zu verniedlichen: Er habe als Glasfabriksdirektor in Kosten bei Teplitz die herrliche Vegetation im Umkreis der Fabrik betrachten können!

Vom Stadtphysikus wurde die Rauchentwicklung der Hütte beschworen (die jüngst die projektierte Raffinerie in Lannach umbrachte), in tatsächlich übertriebener Vorsicht bangte das 3. Korpskommando um die Gesundheit der Soldaten in der mehrere Kilometer entfernten Kaiser-

Franz-Josef-Kaserne und der Landwehrkaserne. Aber die Zeit arbeitete: Ein langes Hin und Her — im Jahre 1900 wurde der Sulfatbetrieb genehmigt, nachdem er gewiß schon länger geübt worden war.

Zweifelsohne zeigt sich heute die wirtschaftliche Rentabilität und damit nach der Meinung vieler die Berechtigung der zitierten Anlagen, zweifellos ist und war es utopisch, Fabriksanlagen — heute liebevoll verniedlichend gerne „Industrieparks" genannt — von weniger dicht besiedelten Gebieten fernzuhalten, ja betroffene Anrainer wird es immer geben. *Wachsam aber muß man sein den stereotypen Argumenten gegenüber,* von welcher Seite der Betroffenen sie immer genannt werden! Es ist wohl anzunehmen, daß der Privatunternehmer bei der Gründung von Anlagen eher an den eigenen Vorteil denn aus sozialem Herzen an Arbeitsbeschaffung dachte und denkt, wenn er schon ein Risiko trägt. Zum anderen aber trägt der Umweltschutz auch seltene Blüten: So unterzeichneten 1890 zahlreiche Bewohner der Stadt Graz eine Petition, worin der Gemeinderat um Abstellung des Geläutes und Blasens der Holz-, Kohlen-, Fruchteis- und Milchverkäufer gebeten wird, da Graz eine Stadt der Erholung und Ruhe sei.[11]

„Wenn die Geschichtswissenschaft überleben will, wird sie den Problemen der Gegenwart die geschichtliche Tiefe schaffen müssen: Als Abbild oder auch als Gegenbild."[12]

---

[11] Arbeiterwille, 1. Jg., Nr. 8, vom 22. 10. 1890.

[12] Ingomar Bog, Funktionen der Stadt in Geschichte und Gegenwart. Versuch über Konstanten städtischer Existenz. In: Die Stadt in Geschichte und Gegenwart = Grazer Forschungen z. Wirtschafts- u. Sozialgesch. Bd. 2, hgg. von Othmar Pickl. Graz 1973, S. 29; der zitierte Vortrag ist unter dieses Zitat zu stellen. Diesen Standpunkt faßt Ulrich Wehler nun auch kurz zusammen: Geschichte als Historische Sozialwissenschaft (edition suhrkamp 650). Frankfurt am Main 1973.